

SWR2 Essay

Der Staat im Staat - die Bundesbank

Von Ulrike Herrmann

Sendung: Montag, 12. März 2018

Redaktion: Michael Lissek

Regie: Andrea Leclerque

Produktion: SWR 2018

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Service:

SWR2 Essay können Sie auch als Live-Stream hören im **SWR2 Webradio** unter www.swr2.de oder als **Podcast** nachhören: <http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/essay.xml>

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Deutschland ist eine Demokratie, doch eine Institution ist dem Zugriff des Parlaments entzogen: die Bundesbank. Sie ist „eine Art Staat im Staat“, wie es einst Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl formulierte.

Die Bundesbank hat ungeheure Macht: Sie hat mehrere Kanzler direkt oder indirekt gestürzt, Ludwig Erhard genauso wie Helmut Schmidt.

Durch ihre Zinsentscheidungen hat die Bundesbank nicht nur mehrmals die Wirtschaftskrisen in Deutschland verschärft und Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt, sondern auch Nachbarländer ins Chaos gestürzt – sei es Frankreich, England oder Italien.

Der britische Finanzjournalist David Marsh urteilte 1992 provokant: „Die Bundesbank hat die Wehrmacht als Deutschlands bekannteste und gefürchtetste Institution ersetzt“. Sie „kontrolliert einen größeren Teil Europas als je ein deutsches Reich in der Geschichte“.

Der Euro sollte die Antwort sein. Frankreich und Italien hofften, dass sie die Bundesbank entmachten könnten, wenn es eine Europäische Zentralbank gibt. Doch es kam anders: Auch in der Eurozone haben die Deutschen das Sagen.

Die Geschichte der Bundesbank beginnt vor genau 70 Jahren: Im März 1948 wurde in Westdeutschland die „Bank deutscher Länder“ gegründet. Aus ihr ist dann später, 1957, die Bundesbank hervorgegangen.

Im März 1948 wurde Deutschland noch von den Alliierten regiert, so dass es die britische und amerikanische Militärregierungen waren, die die „Bank deutscher Länder“ ins Leben riefen. Diese neue Institution wurde gebraucht, weil im Juni 1948 die Währungsreform anstand. Die „Bank deutscher Länder“ sollte zur Hüterin der neuen D-Mark werden.

Die Briten hätten die neue deutsche Notenbank gern in Hamburg gesehen –in der britischen Besatzungszone. Doch die USA setzten sich durch: Die „Bank deutscher Länder“ wurde in Frankfurt angesiedelt, das in der amerikanischen Besatzungszone lag. Diese Entscheidung prägt Europa auch 70 Jahre später: In Frankfurt sitzt jetzt die Europäische Zentralbank.

A Im März 1948 gab es noch keine deutsche Regierung. Sie folgte erst eineinhalb Jahre später: Im September 1949 wurde das erste Kabinett Adenauer vereidigt.

Die „Bank deutscher Länder“ war also zunächst auf sich allein gestellt, so dass es nur natürlich schien, dass sie unabhängig war und sich gegenüber keinem Parlament und keiner Regierung verantworten musste. Nur die Alliierten übten anfangs Kontrolle aus, sonst niemand.

Den meisten Deutschen erscheint es heute selbstverständlich, dass eine Zentralbank unabhängig sein sollte. Doch tatsächlich ist dies höchst ungewöhnlich – und undenkbar in anderen großen Industrieländern.

Ein paar Beispiele:

Die amerikanische Fed muss regelmäßig im Kongress erscheinen und Auskunft über ihre Geldpolitik geben; auch die Bank of England muss bei ihren Beschlüssen auf das Schatzamt hören. In Frankreich und Italien war dies nicht anders, als die beiden Länder noch eigenständige Währungen hatten und nicht der Eurozone angehörten. In Frankreich operierte die Banque de France faktisch als eine Abteilung des Pariser Finanzministeriums, und in Italien musste die Banca d' Italia die Vorgaben ihrer Regierung umsetzen.

Die „Bank deutscher Länder“ und später die Bundesbank hingegen war nicht nur unabhängig – sie hatte zudem nur einen einzigen gesetzlichen Auftrag: die Währungsstabilität. Sie sollte Inflationen vermeiden. Denn die Deutschen waren traumatisiert. Durch die Nachbeben zweier Weltkriege hatten sie 1923 und 1948 ihr gesamtes Finanzvermögen verloren. Das sollte nie wieder passieren.

Für die allermeisten Deutschen ist es keine Frage, dass eine Zentralbank die Inflation bekämpft – und sonst keine weiteren Ziele verfolgt. Doch diese monomanische Konzentration auf ein einziges Thema ist höchst ungewöhnlich. In anderen Staaten haben die Zentralbanken eine breite Palette von Aufgaben. So ist es für die Fed in den USA mindestens genau so wichtig, das Wachstum zu fördern und Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Inflationsbekämpfung ist nur ein Ziel unter vielen – und oft nachrangig.

Zunächst schien es kein Problem zu sein, dass die „Bank deutscher Länder“ einen Sonderweg beschritt. Denn es wirkte, als sei sie sensationell erfolgreich als „Hüterin der D-Mark“.

Die Währungsreform trat am 20. Juni 1948 in Kraft. Sie gehört zu den großen Erfolgsmethoden in Deutschland, weil vorher die Läden leer waren – und am nächsten Tag voll. In den Schaufenstern tauchten Waren auf, die die Normalverbraucher seit Jahren nicht mehr gesehen hatten, wie etwa Kochtöpfe, Zahnbürsten oder Bücher. Sogar ein Volkswagen war zum Preis von 5.300 D-Mark binnen acht Tagen lieferbar. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser schreibt ironisch: „Selbst Kühe reagierten offenbar positiv auf den Währungsschnitt, denn schon in der ersten DM-Woche wurde wesentlich mehr Butter angeliefert als in der Vorwoche.“

Diese neue Fülle war nur möglich, weil die Wirtschaft längst wieder lief. Seit Anfang 1947 war der Güterausstoß rasant gestiegen – und hatte im Juni 1948 schon 57 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht. Die Unternehmer hatten ihre Waren jedoch bewusst zurückgehalten, bis es die neue D-Mark gab, weil sie keine wertlose Reichsmark kassieren wollten.

Es handelte sich also nur um einen „Schaufenstereffekt“, aber die psychologische Wirkung war enorm: Viele Deutsche glaubten ernsthaft, dass es allein der Währungsreform zu verdanken sei, dass die Industrie wieder funktionierte. Diesen Irrtum nutzte die Bundesbank gern, um sich selbst als eine Institution zu inszenieren, die unfehlbar die richtigen Entscheidungen trifft.

Vom Nimbus der D-Mark hat die Bundesbank profitiert. Von niemandem wurde mehr hinterfragt, ob es richtig ist, dass die deutsche Notenbank unabhängig ist und keiner demokratischen Kontrolle unterliegt.

So mächtig die Bundesbank war – ihre obersten Repräsentanten waren und sind in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

Denn die Geschicke der Bundesbank lenkte nicht ein Einzelner; die wichtigen Beschlüsse fällte der Zentralbankrat per Mehrheitsentscheid. In diesem obersten Gremium versammelten sich die Präsidenten der elf Landeszentralbanken sowie das Direktorium der Bundesbank, das bis zu acht Mitglieder zählen konnte.

Die Politik hat stets versucht, ihr genehme Bundesbanker zu ernennen – doch genutzt hat es nichts. Selbst treue Parteisoldaten entfalteten sofort ein Eigenleben, sobald sie im Zentralbankrat Platz genommen hatten. Denn sie waren auf acht Jahre bestellt, faktisch unkündbar und erhielten lebenslang ihr stattliches Gehalt.

Die Bundesbanker wussten ihre Unabhängigkeit zu schätzen – und zelebrierten sie.

Bereits Kanzler Konrad Adenauer. musste erleben, dass die deutsche Notenbank seine Wirtschaftspolitik konterkarierte, indem sie die Leitzinsen hochsetzte und die Kredite verteuerte. Im Juni 1956 hielt Adenauer daher eine wütende Rede, die als „Fallbeil-Rede“ in die Geschichte der Notenbanken eingegangen ist.

In Köln hatte sich der Bundesverband der deutschen Industrie versammelt, und Gastredner Adenauer ließ seiner Empörung auf die Notenbank freien Lauf. Unter anderem sagte er: „Es ist der deutschen Konjunktur ein schwerer Schlag versetzt worden; und auf der Strecke bleiben werden die Kleinen; und zwar gilt das sowohl für die kleineren Industrien wie für die kleineren Landwirte, wie für die kleineren Handwerker. Kurz und gut, das Fallbeil trifft die kleinen Leute und deswegen bin ich sehr betrübt.“

Wie sich erweisen sollte, hatte Adenauer absolut Recht: Es war ein Fehler, dass die Notenbank zwischen 1955 und 1956 die Zinsen fast verdoppelt hatte. Denn prompt wurde sehr viel weniger investiert, weil Kredite zu teuer wurden. Das Wachstum halbierte sich.

Zudem bekämpfte die Notenbank ein Phantom: Es gab überhaupt keine gefährliche Geldentwertung, die man hätte zügeln müssen. Die Inflation lag damals bei ganzen 1,1 Prozent.

Auch das Timing stimmte nicht: Just als die Notenbank die Konjunktur in Deutschland strangulierte, begann das Wachstum in den USA zu schwächeln. Diese weltweite „Konjunkturlokomotive“ fiel zeitweise aus, was auch die deutsche Exportindustrie traf.

Still und leise rückte die Notenbank daher von ihrer drastischen Geldpolitik wieder ab: Schon ab September 1956 senkte sie ihre Zinsen wieder.

Die Notenbank hatte ihren ersten großen Fehler begangen – aber noch blieb dies Episode. Die Wirtschaft erholte sich sofort. Das sollte später anders sein, als die Bundesbank Millionen in die Arbeitslosigkeit trieb.

Aber das Grundproblem zeigte sich schon 1956 und wurde von Adenauer genau erkannt: Die Bundesbank interessierte sich niemals für „die kleinen Leute“. Sie nahm es gern in Kauf, dass die Wirtschaft lahmte – solange nur die D-Mark stabil blieb.

In der Bundesbank herrschte ein elitärer Dünkel. Nicht nur für die „kleinen Leute“, sondern auch für die Politik hatte sie nur Verachtung übrig. Eine prägende Gestalt war Otmar Emminger, der ab 1953 im Direktorium der „Bank deutscher Länder“ saß und 1977 Präsident der Bundesbank wurde. In seinen Memoiren schrieb er abfällig und autoritär: „Eine pluralistische Massengesellschaft ist immer in Versuchung, in eine „Gefälligkeits-Demokratie“ abzugleiten.“

Emminger hat offenbar nie verstanden, dass auch die sogenannten „Massen“ ein Recht auf Einkommen haben und Arbeitsplätze benötigen – und dass die Demokratie dazu dient, unterschiedliche Interessen auszugleichen.

Was Emminger in seinen Memoiren übrigens nicht erwähnt: Zwischen 1937 und 1945 hatte er der NSDAP angehört. Damit war er nicht der einzige in der Notenbank. In der Führungsebene der Landeszentralbanken und der Bundesbank saßen nach 1948 viele Ex-Nazis: 39 Prozent der Herren hatten früher der Hitler-Partei angehört.

Doch obwohl Adenauer klar erkannte, dass die „Bank deutscher Länder“ eine politische Gefahr darstellte, traute er sich nicht, sie zu entmachten. Als die Notenbank 1957 zur Bundesbank umgewandelt wurde, blieb sie laut Gesetz weiterhin unabhängig.

Adenauer wütete zwar, dass die Bundesbank eine undemokratische „Nebenregierung“ sei, aber im Alltag störte dies nicht. Noch nicht. Denn die Bundesrepublik erlebte damals ein „Wirtschaftswunder“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Produktion rasant. Zwischen 1950 und 1973 nahm das Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa jährlich um 4,1 Prozent zu. In Westdeutschland waren es sogar 5 Prozent – und in Japan sensationelle 8,1 Prozent.

Ein Grund für diesen Aufschwung war ganz banal: Die enormen Kriegsschäden mussten beseitigt werden. Es war kein „Wirtschaftswunder“, dass ausgerechnet Japan und Westdeutschland besonders stark wuchsen, denn beide Länder waren zu großen Teilen zerstört. Im Zweiten Weltkrieg wurden etwa ein Drittel aller Wohnungen in Deutschland zerbombt; das Schienen- und Verkehrsnetz, die Wasser-, Strom- und Telefonleitungen waren stark beschädigt. Zudem mussten Millionen von

Flüchtlingen versorgt werden. Diese immense Nachfrage sorgte von selbst für einen Boom.

Nicht minder wichtig:

Weltweit gab es einen Rückstau an Erfindungen, die endlich ihren Weg in die Praxis fanden. Seit 1914 waren viele neue Produkte entwickelt worden, die nur in kleinen Stückzahlen oder gar nicht hergestellt wurden, weil zwei Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise ab 1929 gestört hatten. Doch jetzt wurde alles in Waren umgesetzt, was die Technik hergab. Dazu gehörten unter anderem: Fernsehen, Kleinbildkameras, Haartrockner, Toaster, Plastik aller Art, Nylon und Kühlschränke.

Die vollautomatische Waschmaschine kam ab 1946 hinzu, die zum Sinnbild des neuen Komforts wurde. Frisch erfunden waren auch die Düsenjets, mit denen man zunehmend billiger in den Urlaub fliegen konnte. Autos gab es zwar schon seit der Jahrhundertwende, aber in Europa konnten sich die meisten Familien erst jetzt ein Privatgefährt leisten. Die westliche Welt stürzte sich in einen Konsumrausch, der zwei Jahrzehnte lang für Vollbeschäftigung sorgte.

Die Wirtschaft wuchs also überall in der westlichen Welt, aber Deutschland spielte bald eine Sonderrolle, denn es stieg zum „Exportweltmeister“ auf. Die Zeitgenossen staunten: 1949 war die Bundesrepublik noch so arm, dass die Importe zur Hälfte nur finanziert werden konnten, weil es Dollars aus dem US-Marshallplan gab. Doch schon 1952 drehte der Außenhandel ins Plus. Die Exportüberschüsse wurden immer größer, und deutsche Waren überschwemmten die Welt.

Wie war ein solcher Umschwung möglich? Deutsche glauben gern, dass es allein an der Qualität ihrer Produkte liege, dass sie weltweit so gefragt sind. Der Mythos von der „deutschen Wertarbeit“ hält sich hartnäckig.

Doch tatsächlich waren es die Kriegsfolgen, die Deutschland zum Exportweltmeister machten. Entscheidend war, dass von 1949 bis 1961 rund 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten und der DDR nach Westdeutschland strömten. Sie alle waren zunächst arbeitslos, sie alle wünschten sich dringend eine Stelle. Dieser Zuzug übte permanenten Druck auf die Löhne aus, so dass die Gehälter in der Bundesrepublik nicht so stark stiegen wie in den anderen westlichen Ländern.

Die deutschen Löhne verdoppelten sich zwar von 1950 bis 1960 – aber die Wirtschaft wuchs noch schneller. Konsequenz: Die Kosten für die Unternehmer sanken relativ, und ihre Gewinne explodierten, die Preise blieben weitgehend stabil.

Wie Bundesbankier Emminger stolz vermerkt, betrug die Inflation in Deutschland zwischen 1950 und 1960 insgesamt nur 22 Prozent – während Frankreich in der gleichen Zeit auf stattliche 72 Prozent kam. Großbritannien verzeichnete immerhin eine kummulierte Inflation von 49 Prozent. Allein in den USA waren die Preise ähnlich stabil wie in der Bundesrepublik: In Amerika betrug die Geldentwertung 27 Prozent.

Da die Inflation in anderen großen Industriestaaten höher war, wurden die deutschen Waren im weltweiten Vergleich billiger, so dass es kein Wunder war, dass die ausländischen Kunden beherzt zugegriffen. Ab 1952 exportierte Deutschland weit mehr, als es importierte. Die Bundesrepublik begann, Milliarden-Überschüsse anzuhäufen.

Die Wirkung zeigte sich sofort: Bereits Mitte der fünfziger Jahre galt die D-Mark als die „stärkste Währung Europas“, wie Emminger in seinen Memoiren zufrieden notiert. Die Deutschen waren wieder stolz auf sich. Erste Bücher über die D-Mark erschienen, die Titel trugen wie: „Vom Besatzungsland zum Weltstar“.

Normalerweise hätte die D-Mark jetzt teurer werden müssen, weil sie weltweit so gefragt war. Doch nichts geschah, der D-Mark-Kurs blieb absolut stabil.

Dieses Phänomen hatte einen Namen: Bretton Woods. In diesem amerikanischen Ausflugsort war 1944 eine Weltwährungsordnung entstanden, die dann nach dem Zweiten Weltkrieg galt. Als Super- und Siegermacht hatten die USA durchgesetzt, dass der Dollar zur Leitwährung wurde. Alle anderen westlichen Währungen wurden an den Dollar gekoppelt, so dass beispielsweise ein Dollar 4,20 D-Mark kostete.

Zwar wurde die D-Mark zwischendurch leicht aufgewertet, so dass ein Dollar ab 1969 nur noch 3,66 D-Mark wert war. Trotzdem war die D-Mark international viel zu billig, wenn man zugrunde legte, was sich damals mit einer Mark in Deutschland kaufen ließ.

Die D-Mark war also permanent unterbewertet, weil das starre Wechselkursystem nicht berücksichtigte, dass die Inflation in Deutschland niedriger lag als in vielen anderen westlichen Staaten. Die deutschen Waren waren daher auf den Weltmärkten günstiger als beispielsweise französische oder britische Produkte. Mit „deutscher Wertarbeit“ hatten die enormen Ausfuhren nichts zu tun.

Die deutsche Exportlawine ärgerte natürlich die Nachbarn. Denn einen Überschuss kann es – rein logisch – nur geben, wenn andere Defizite machen und ins Minus rutschen. Schon 1956 schrieb der Londoner „Economist“: „Die enormen deutschen Zahlungsbilanzüberschüsse stören Europa von Monat zu Monat mehr.“

Doch die Kritik aus dem Ausland fruchtete überhaupt nicht. Im Gegenteil. Die Deutschen waren ungehemmt stolz auf ihre „starke“ D-Mark. Denn die neue Währung war weit mehr als nur Geld – sie wurde zum nationalen Symbol.

Andere Völker begeistern sich für ihre Flaggen, ihr Militär, ihre Hymnen. Dieser Nationalstolz war in Deutschland nicht mehr möglich, nachdem man zwei Weltkriege und den Holocaust zu verantworten hatte. Volk, Armee und Staat waren gründlich diskreditiert. Fast alle Erwachsenen hatten sich im Nationalsozialismus schuldig gemacht – und sei es durch Nichtstun.

Die nationale Scham war immens, und als einziger Trost blieb der Höhenflug der D-Mark. Er stand für den Aufstieg aus den Ruinen Nazi-Deutschlands, ökonomisch und

moralisch. Man bildete sich ein, dass die starke Mark die angeblichen Tugenden des deutschen Volkes spiegeln würde: Ordnungsliebe, Arbeitseifer, Verlässlichkeit.

Da die Bundesbank als die „Hüterin der D-Mark“ galt, hat sie vom Nimbus dieser neuen Währung profitiert. Allseits entstand der Eindruck, dass allein die Notenbank für die starke Mark gesorgt hätte. Das ist falsch. Die Bundesbank hatte absolut gar nichts damit zu tun, dass Deutschland zum Exportweltmeister wurde.

Entscheidend waren 14 Millionen Flüchtlinge, die die Löhne in Deutschland nach unten drückten – sowie ein Weltwährungssystem mit festen Wechselkursen, das die D-Mark rund zwanzig Jahre lang zu niedrig bewertete.

Aber diese Zusammenhänge drangen nicht ins öffentliche Bewusstsein. Stattdessen war die Bundesbank sakrosankt und galt als unfehlbar. Sie genoss ein Ansehen, das den Respekt für Bundeskanzler und Bundespräsidenten bei weitem überstieg.

Bundesbankier Emminger konstatierte höchst zufrieden: „Man kann wohl sagen, dass die deutsche Notenbank die „Hüterin unserer Währung“ ist, die stabilste und am wenigsten angefochtene Institution unserer Republik ist.“ Selbst ein so machtbewusster Kanzler wie Adenauer wagte es daher 1957 nicht, die Unabhängigkeit der Bundesbank anzutasten.

Die Bundesbank war allmächtig – und hat diese Macht oft missbraucht. Ihr erstes Opfer wurde Ludwig Erhard, der seit 1949 als Wirtschaftsminister amtierte und 1963 Kanzler wurde, nachdem Adenauer zurückgetreten war.

Das Drama begann ausgerechnet 1965, als es eigentlich bestens aussah für den neuen Kanzler. Die Bundestagswahl hatte Erhard im gleichen Jahr souverän gewonnen, und die Arbeitslosigkeit erreichte ihren absoluten Tiefpunkt: Nur noch 147.352 Menschen suchten einen Job – während es drei Mal so viele offene Stellen gab. Es herrschte nicht nur Vollbeschäftigung, sondern sogar „Überbeschäftigung“.

Da Arbeitskräfte dringend gesucht waren, stiegen die Löhne kräftig an – um rund neun Prozent. Doch die Preise blieben moderat und legten um nur etwa drei Prozent zu. Die Geldentwertung war also eher harmlos, alarmierte aber nichtsdestotrotz die Bundesbank, die ab Mitte 1965 die Zinsen erhöhte, um die Kredite zu verteuern und die vermeintlich „überhitzte“ Wirtschaft abzuwürgen.

Die Vollbremsung gelang nur allzu gut: Das Wachstum halbierte sich – und war 1967 mit minus 0,3 Prozent sogar negativ. Plötzlich gab es keine „Überbeschäftigung“ mehr, sondern 500.000 Arbeitslose.

Die Bundesbank hatte willkürlich und unnötig die erste Rezession der Nachkriegszeit erzeugt. Es zeigte sich, dass Adenauer Recht gehabt hatte, als er warnte, dass die Zinspolitik den „kleinen Leuten“ schaden könnte.

Die Deutschen waren schockiert, dass mitten im Wirtschaftswunder die Armut zurückkehrte. Doch es wurde nicht etwa der Bundesbank kritisiert - stattdessen

musste Kanzler Erhard büßen. Eben war er noch Wahlsieger gewesen, jetzt lag er in den Umfragen ganz hinten: Nicht einmal ein Drittel der Bundesbürger war noch mit ihm zufrieden.

Diese Stimmung entlud sich bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Juli 1966: Die SPD verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit, wurde erstmals stärkste Fraktion – und übernahm schließlich die Regierung, zusammen mit den Liberalen. Es war eine Weichenstellung für Jahrzehnte: Erst 2005 kam die CDU in Düsseldorf wieder an die Macht.

Allen außer Erhard war deutlich, dass auch die nächste Bundestagswahl verloren gehen würde, falls er Kanzler bliebe. Also wurde Erhard von seiner eigenen Partei, der CDU, im Herbst 1966 zum Rücktritt gezwungen. Dieser Sturz war ein epochales Ereignis, denn gleichzeitig schied auch die FDP aus der Bundesregierung aus.

Stattdessen zog nun die SPD ins Kabinett ein, indem sie mit der Union eine große Koalition einging. Das sozialdemokratische Zeitalter begann. Doch diesen politischen Wechsel hatten nicht etwa demokratische Wahlen eingeleitet, sondern die Bundesbank in Frankfurt.

Die Wucht dieser Ereignisse war der Bundesbank hinterher selbst ein bisschen unheimlich, so dass sie bis heute über die Rezession 1966 / 1967 lieber schweigt. Aber Schweigen kann beredt sein. Besonders amüsant sind die Memoiren von Otmar Emminger, der seine Zeit bei der Bundesbank von 1950 bis 1980 zwar minutiös auf 480 Seiten beschreibt, dabei kein schmeichelhaftes Detail auslässt - aber die Jahre 1965 bis 1967 mit nur einem einzigen Absatz abhandelt. Wolkig wird dort eine „Gewinnkompression“ bei den Unternehmen erwähnt – so kann man es auch nennen, wenn die Bundesbank abrupt den Geldhahn zudreht.

Über den Kanzler heißt es bei Emminger nur etwas abfällig: „Dass Erhard kein Organisationstalent besaß und im Herbst 1966 ohne Rückhalt in seiner eigenen Partei dastand, war seine persönliche Tragik.“

Emmingers dürre Worte sind zwar Geschichtsklitterung und der Versuch, die Bundesbank zu entlasten, trotzdem enthalten sie einen wahren Kern: Erhard wird bis heute überschätzt. Er war kein guter Ökonom – sondern ein geschickter Opportunist. Übergroß war nur seine Eitelkeit.

Erhard begann bescheiden: 1928 heuerte er beim „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware“ in Nürnberg an, wo er den Interessen der Industrie eine wissenschaftliche Verbrämung verlieh. Dort überstand er auch unbeschadet den Nationalsozialismus und befasste sich unter anderem mit der damals dringenden Frage, wie man die besetzten Gebiete Polen, Lothringen und Österreich ökonomisch in das Tausendjährige Reich integrieren könnte.

Erhard führte die angepasste, unauffällige Existenz eines Industrie-Lobbyisten. Der Historiker Volker Hentschel beginnt seine Biographie daher mit den Worten: „Es war Ludwig Erhard nicht ins Stammbuch geschrieben, dass er einstmals die Rolle eines

bedeutenden deutschen Politikers spielen würde. Und während der ersten fünfzig Jahre seines Lebens deutete auch nichts darauf hin, dass er je an diese Rolle gelangte.“

Erhards Karriere nahm erst wirklich Schwung auf, als nach dem Krieg ein Lückenbüßer gesucht wurde: Im Januar 1948 wurde der bisherige Wirtschaftsdirektor der Bi-Zone, Johannes Semler, von den Alliierten entlassen, weil er taktisch unklug die Nahrungsmittelhilfen der USA als „Hühnerfutter“ bezeichnet hatte.

Erhard war zufällig am richtigen Platz zur richtigen Zeit: Kaum hatte er als bizonaler Wirtschaftsdirektor Platz genommen, trat auch schon die Währungsreform in Kraft. Mit der neuen D-Mark hatte Erhard nichts zu tun, denn sie war längst von den Amerikanern im Detail durchgeplant. Trotzdem heimste Erhard später ungeniert das Lob ein. Denn ein Talent besaß er tatsächlich: Er konnte sich ohne jede Scham in Szene setzen, weil er keinerlei Selbstzweifel kannte. Erhard posierte als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ und als „Gesicht der D-Mark“.

Erhard war zweifellos ein guter Wahlkämpfer, aber ein interessanter Ökonom war er nicht. Über seine Habilitation, die nie fertiggestellt wurde, schreibt Biograph Hentschel: „Die Arbeit weist aus, dass Ludwig Erhard zum wissenschaftlichen Nationalökonom schlechterdings nicht taugte.“ Der Textentwurf war redundant, chaotisch, banal.

Erhards ökonomische Ahnungslosigkeit zeigte sich auch in seiner Kanzlerschaft. Bis zum Schluss wollte und konnte er nicht einsehen, dass die Zinspolitik der Bundesbank fatal war. Ihm war es egal, dass die Arbeitslosigkeit ab Ende 1965 stieg – solange nur die vermeintliche Inflationsgefahr gebannt wurde. Erhard offenbarte eine autoritäre Rage, die schon fast an die Nazi-Zeit erinnerte. In einer Rede aus dem Jahr 1966 hieß es: „Wenn das deutsche Volk nicht hören will, dann muss es eben fühlen. Dann wird eben ein Stück Freiheit nach dem anderen verlorengehen.“ Den CDU-Vorstand ließ er wissen: „Wir gehen den Weg der Stabilität, auch wenn wir dabei noch einmal durch ein Tal der Nöte für den deutschen Staatsbürger hindurch müssen.“

Der Sturz von Erhard markiert zufällig auch eine Zeitenwende, denn gleichzeitig ging der Nachkriegsboom langsam zu Ende. Zudem begann das Weltwährungssystem von Bretton Woods zu wackeln. Ab 1965 engagierten sich die USA massiv im Vietnam-Krieg, und um die Kosten zu decken, erhöhte die US-Regierung ihre Schulden - „druckte“ also Dollars.

Der Dollarkurs begann zu sinken – was die D-Mark in Bedrängnis brachte, die zunehmend zur Fluchtwährung wurde. Investoren und Spekulanten war völlig klar, dass das Währungsregime von Bretton Woods irgendwann kollabieren und der Dollar dramatisch abwerten würde. Also wollten sie ihr Geld noch schnell in Sicherheit bringen – und tauschten ihre Dollars in D-Mark um. Die D-Mark wertete daher permanent auf, was wiederum die Bundesbank zwang, Dollar zu erwerben, um den Kurs der D-Mark nach unten zu drücken.

Dieses Spiel dauerte genau bis zum 1. März 1973, dem Tag, der die Währungswelt für immer verändern sollte. „Plötzlich brach eine neue Spekulationswelle gegenüber dem Dollar aus“, erinnert sich Emminger und schreibt schauernd: „Die Bundesbank musste an diesem einen Tag fast acht Milliarden D-Mark Notenbankgeld neu ausgeben. Das war fast soviel wie die damalige Zunahme an Zentralbankgeld für ein ganzes Jahr! Da zogen wir die Notbremse.“

Die Bundesbank trat in den Streik und weigerte sich, noch weitere Dollar aufzukaufen. Es folgten dramatische Stunden, denn die Bundesbank brach einen völkerrechtlichen Vertrag. Diesen Verstoß gegen Bretton Woods konnte sie nicht allein entscheiden. Doch der damalige SPD-Finanzminister Helmut Schmidt lag mit einer Schilddrüsenerkrankung im Krankenhaus, sein Staatssekretär Karl Otto Pöhl war unerreichbar im Ski-Urlaub, und auch das restliche Bonn war lahmgelegt, weil ausgerechnet an diesem 1. März Weiberfastnacht gefeiert wurde.

Schließlich suchten die Notenbanker nachmittags Kanzler Willy Brandt in seiner Privatvilla auf; im Schlepptau hatten sie nur FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs. Brandt verstand nichts von Ökonomie, wie er selbst freimütig zugab. Daher sagte er nur: „Wenn das Wirtschaftsministerium und die Bundesbank einer Meinung sind, dann wird es wohl so richtig sein.“

Diese Worte waren die „Totenglocke“ für Bretton Woods, wie Emminger es ausdrückt. Die Ära der festen Wechselkurse war vorbei. Seither schwanken die Kurse, und nur die Spekulanten auf den Finanzmärkten entscheiden, wieviel eine Währung wert ist. Der Dollar rauschte in die Tiefe und verlor bis 1979 die Hälfte seines Wertes gegenüber der D-Mark.

Dieser Absturz wurde zunächst achselzuckend zur Kenntnis genommen. Fast niemand erkannte die Gefahren, die ein freier Währungsmarkt barg. Stattdessen waren die meisten europäischen Politiker und Notenbanken froh, endlich der Zwangsjacke von Bretton Woods zu entkommen. Naiv erwartete man, dass sich die Devisenkurse auf einem stabilen Niveau einpendeln würden, sobald der Dollarkurs einmal korrigiert wäre. Neoliberale Vordenker wie Milton Friedman gingen sogar noch weiter und versprachen ein immenses Wirtschaftswachstum: „Eine freie Marktwirtschaft für Wechselkurse wird auch ein ‚Wirtschaftswunder‘ hervorbringen.“

Was für ein Irrtum:

Kaum wurden die Devisenkurse freigegeben, stürzten die Industrieländer in eine tiefe Rezession, die der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser eine „kleine Weltwirtschaftskrise“ genannt hat. Der Kollaps von Bretton Woods löste eine Kettenreaktion aus, deren Folgen wir bis heute spüren.

Die erste Konsequenz war die „Ölkrise“ von 1973, da die Saudis nicht bereit waren, tatenlos zuzusehen, dass sie durch den fallenden Dollar faktisch enteignet wurden. 1971 kostete das Barrel Öl – also 159 Liter – nur knapp zwei Dollar. Wenn die US-Währung nun auch noch an Wert verlor, war das Öl fast kostenlos. Also setzten die Ölstaaten ihre gesamte Kartellmacht ein, um den Barrelpreis nach oben zu treiben – bis er 1980 ein Rekordhoch von 38 Dollar erreichte.

Diese Preisexplosion traf die Industrieländer völlig unvorbereitet. Sie hatten sich blind auf das billige Öl verlassen, weil sie in kolonialer Attitüde davon ausgegangen waren, dass die Entwicklungsländer für immer machtlose Rohstofflieferanten bleiben würden. Das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit endete abrupt.

Trotzdem fiel die Krise in Westdeutschland sogar noch moderat aus, weil die D-Mark gegenüber dem Dollar aufwertete – was die Preisschübe beim Öl zum Teil kompensierte. Viel härter wurden die USA und Großbritannien getroffen, deren Währungen stark an Wert verloren, so dass sich nicht nur das Öl, sondern sämtliche Importe verteuerten. In den USA stiegen die Preise 1974 um rund 12,3 Prozent und nach dem zweiten Ölpreisschock 1979 noch einmal um 13,3 Prozent. In Großbritannien war es sogar noch schlimmer, wo die Inflationsrate 1975 sensationelle 25 Prozent erreichte.

Damals steckten alle westlichen Länder in einer fatalen Lohn-Preis-Spirale fest, weil die Gewerkschaften eine falsche Politik verfolgten. Sie sahen nicht, dass sich gegen die Inflation nichts unternehmen ließ, weil die Ölstaaten ihren knappen Rohstoff verteuerten. Stattdessen schalteten die Gewerkschaften auf Klassenkampf und wollten den Preisauftrieb dadurch kompensieren, dass sie hohe Lohnabschlüsse durchsetzten.

Es ist tragisch, dass die Gewerkschaften auf hohen Löhnen beharrten, denn es kam zu einer „Stagflation“ - also zu einer Inflation mitten in der Rezession. Damit gerieten die Beschäftigten in die Defensive, denn eine galoppierende Geldentwertung lässt sich nicht ignorieren. Es war abzusehen, dass die Notenbanken die Zinsen energisch nach oben treiben würden. Die Folgen waren ebenso klar: Die Wirtschaft würde schrumpfen, die Arbeitslosigkeit stark steigen – und die Macht der Gewerkschaften schwinden. Die Gewerkschaften riskierten ihren eigenen Untergang, indem sie eine Zinspolitik provozierten, die ihnen nur schaden konnte.

Berühmt berüchtigt wurde der ÖTV-Vorsitzende Heinz Klunker, der 1974 ein Lohnplus von 11 Prozent für den öffentlichen Dienst erreichte, indem er die Müllabfuhr drei Tage lang streiken ließ. Allerdings ging es in der Privatwirtschaft sogar noch üppiger zu: Im Durchschnitt wurden dort 13 Prozent mehr Gehalt herausgeholt.

Zum Teil schmälerten diese hohen Löhne die Gewinne der Unternehmen – zum Teil wurden die Kosten auf die Preise aufgeschlagen. 1974 stieg die Inflation auf dramatische 7,2 Prozent.

Die Bundesbank trat sofort auf die Bremse und begann mit einer „Schocktherapie“, von der sogar Emminger zugibt, dass sie „brutal“ war. Die Kreditzinsen erreichten ein bis dato unbekanntes Niveau: Wer ein Haus baute, musste für eine Hypothek plötzlich über 10 Prozent Zinsen zahlen, und wer sein Konto überzog, musste sogar 14 Prozent aufbringen.

Wenn Kredite teuer sind, investiert fast niemand mehr. Die Konjunktur brach ein. 1974 rutschten mehr als 8.000 Firmen in die Pleite, und 1975 kam es zur schwersten

Krise in der alten Bundesrepublik: Die Wirtschaft schrumpfte um minus 0,9 Prozent. Plötzlich waren über eine Million Menschen arbeitslos, und weitere 900.000 Angestellte mussten kurzarbeiten.

Diese völlig neue Massenarbeitslosigkeit war für die Bundesbank kein Problem. Es zählte nur der Kampf gegen die Inflation, und die ging nun von selbst zurück. Da die Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze fürchteten, waren sie bereit, nur noch minimale Gehaltzuschläge zu akzeptieren. Selbst linke Ökonomen wie Heiner Flassbeck konzedieren, dass es damals keine Alternative gab: „Der erste Anstieg der Arbeitslosigkeit war unvermeidbar, weil sonst die Gewerkschaften in der Welt und in Deutschland niemals begriffen hätten, dass es Zeit war, zur Vernunft zurückzukehren.“

Die Gewerkschaften lernten ihre Lektion sofort: Nie wieder haben sie Löhne durchgesetzt, die jenseits des Wachstums lagen und zur Inflation geführt hätten.

Doch für die Bundesbank galt leider nicht, dass sie die richtigen Schlüsse aus der Krise von 1975 gezogen hätte. Im Gegenteil. Sie wurde übermütig – und verfiel in einen Machtrausch. Sie traf enorme Fehlentscheidungen, die weitere Menschen arbeitslos machten, Kanzler Schmidt das Amt kosteten – und die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland erschwerten.

Dieses Drama begann im Januar 1979, als im Iran die Ayatollas die Macht übernahmen und den Schah außer Landes trieben. Wenig später marschierte der Irak ins Nachbarland ein, so dass weltweit die Angst grassierte, dass Öl erneut knapp werden könnte. Die Energiepreise explodierten.

Diesmal wurde jedoch nicht nur das Öl teurer, sondern gleichzeitig stieg auch der Kurs des Dollars, in dem alle Rohstoffe abgerechnet werden. Die Importpreise legten daher in Deutschland von 1979 bis 1981 jährlich um 12 bis 15 Prozent zu.

Man hätte also erwarten können, dass die Verbraucherpreise in Deutschland ebenfalls dramatisch anziehen würden, weil sich die Einfuhren verteuerten. Doch die Geldentwertung hielt sich in Grenzen, wie sogar Emminger einräumen musste: Wenn man die Importpreise herausrechnet und nur den internen Preisdruck berücksichtigt, dann ergab sich, so der Bundesbankier, „in den Jahren 1979 bis 1981 nur eine geringe Erhöhung der Teuerungsrate.“

Insgesamt dümpelte die Inflation bei durchschnittlich 5,5 Prozent, obwohl die Importe so teuer waren. „Das ist erstaunlich“, musste auch Emminger in seinen Memoiren zugeben. Doch obwohl keine gefährliche Geldentwertung zu beobachten war, schaltete die Bundesbank auf rabiate Prophylaxe. Die Zinsen wurden in astronomische Höhen geschraubt, denn Emminger war der Meinung: „Inflationen muss man, ebenso wie Diktaturen, bekämpfen, bevor sie sich etabliert haben.“ Übersetzt: Die Bundesbank wusste genau, dass sie einem Phantom nachjagte.

Doch die Folgen waren desaströs: War 1979 die deutsche Wirtschaft noch um vier Prozent gewachsen, setzte bald darauf der Abschwung ein. 1983 waren schon mehr

als zwei Millionen Menschen arbeitslos – und so sollte es bis bis zur Wende 1989 bleiben.

Der Grund war schlicht:

Für die Unternehmen lohnte es sich nicht mehr zu investieren. Sparer erhielten damals mindestens 12 Prozent Zinsen. Da war es für die Firmen lohnend, ihr Geld bei der Bank zu parken, statt neue Produkte zu entwickeln. Nichtstun wurde prämiert: Die Betriebe mutierten zu Finanzunternehmen und kassierten hohe Zinsrenditen bei Null Risiko.

Helmut Schmidt versuchte immer wieder, auf die Bundesbank einzuwirken. Genüsslich erinnert sich Emminger, dass der Kanzler „fast bei jedem Treffen mit Nachdruck sagte: „Sie werden doch nicht schon wieder die Zinsen erhöhen!“ Doch ungerührt zelebrierte die Bundesbank ihre Unabhängigkeit. „Wir aber blieben bei unserem Kurs“, notiert Emminger zufrieden.

Schmidt war keineswegs der Einzige, der sich bei der Bundesbank beschwerte. Selbst konservative Ökonomen waren frappiert und sprachen von „Zinsterror“, „Hysterie in Frankfurt“, „Überreaktion“ und „übertriebener Schocktherapie“.

Die Bundesbanker werteten das als Lob. Zustimmend zitiert Emminger den neoliberalen Ökonomen Milton Friedman: „Die Unabhängigkeit einer Notenbank lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn diese bereit ist, sie zu unpopulären Maßnahmen zu nutzen.“

Es ging um Macht. Die Bundesbank wollte allen deutlich machen, dass sie allein das Sagen hat. Oder wie es Emminger ausdrückte: Er wollte „auf den Tisch hauen, damit die Ohren gespitzt werden.“ Dieses Bild sagt alles: Für den Bundesbankier waren gewählte Kanzler nur Schuljungen, die Oberlehrer Emminger nach Belieben maßregeln darf.

Emminger war bis zum Lebensende im Reinen mit sich. Seine posthum erschienenen Memoiren enden mit dem Satz: „Nun, ich habe das gute Gewissen, dass ich nicht nur das Richtige gewollt habe, sondern dass es ... auch ... das Richtige war.“ Zwei Millionen Arbeitslose wurden mit keinem Wort erwähnt.

Denn Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, das Bundesbanker zu fürchten hätten: Ihr Salär liegt deutlich höher als das Gehalt eines Bundeskanzlers – und zwar lebenslang. Da fällt es leicht, andere in die Armut zu schicken.

Durch die Wirtschaftskrise sanken die Steuereinnahmen des Staates, während gleichzeitig die Ausgaben stiegen, unter anderem für die Arbeitslosen. Im Bundeshaushalt tauchten immer neue Löcher auf, die Koalition von SPD und FDP wurde brüchig.

Am 1. Oktober 1982 war es so weit: Wie einst Ludwig Erhard wurde nun auch Helmut Schmidt durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Die Liberalen waren zur Union übergelaufen und wählten Helmut Kohl zum neuen Kanzler. Es war ein epochaler

Wechsel, Kohl sollte 16 Jahre an der Macht bleiben. Auch diesen politischen Neuanfang hatten nicht etwa die Bürger in einer demokratischen Wahl entschieden – er wurde durch die Bundesbank provoziert.

Später hat sich Schmidt mehrfach beschwert, dass die Bundesbank ihn gestürzt habe. Doch solange er Kanzler war, hat Schmidt sich nicht getraut, die allmächtigen Frankfurter zu kritisieren. Bereits 1974, frisch im Amt, analysierte er in einem internen SPD-Papier: „Im übrigen können wir keinen öffentlichen Konflikt mit der Bundesbank gebrauchen; die öffentliche Meinung würde nicht auf unserer Seite stehen.“

Noch immer war die Angst vor einer Inflation groß. Der *Spiegel* hat einmal sehr amüsanterweise geschildert, wie der spätere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer seinen Zuhörern einheizte:

„Wo Tietmeyer öffentlich auftritt, redet er nicht, er predigt. Die Bühne weitet sich zum Altarraum, das Rednerpult wird zur Kanzel. Seine Vorträge folgen einer schlichten Dramaturgie: Der Teufel erscheint in Gestalt der Inflation, die Erlösung aus den Fängen des großen Geldvernichters verspricht allein eine unabhängige Notenbank. Und natürlich darf auch die mythologische Höllenfahrt nicht fehlen: das deutsche Trauma von 1923, die Erinnerung an eine Zeit, als eine Schachtel Zigaretten so viel kostete wie zuvor ganze Industriegelände.“

Doch es war nicht nur die panische Angst vor Inflation, die gerade die wohlhabenden Deutschen zu treuen Verehrern der Bundesbank machte. Geldbesitzer profitieren, wenn die Zinsen hoch sind. Vermögende nehmen Arbeitslose gern in Kauf, wenn dies ihre eigenen Konten füllt.

Genau diese Konstellation war in den 1980er Jahren zu beobachten: Die Zahl der Arbeitslosen lag konstant bei über zwei Millionen – und die Realzinsen lagen genauso konstant weit über der Wachstumsrate. Für Geldbesitzer ein schönes Geschäft.

Der Konflikt, der Gesellschaft und Vermögende trennt, ist nicht lösbar: Für Arbeitnehmer sind niedrige Zinsen gut, weil dies die Wirtschaft ankurbelt und Arbeitsplätze schafft. Geldbesitzer wollen hohe Zinsen, möglichst keine Inflation und geringes Risiko.

Aber gerade weil es für diesen Konflikt keine optimale Lösung gibt, ist es so wichtig, dass er demokratisch ausgetragen und ausgehandelt wird. Alle großen Notenbanken haben daher mehr als ein Ziel: Sie sollen nicht nur auf die Inflation achten, sondern auch auf Vollbeschäftigung. Zudem sind sie alle verpflichtet, sich mit ihren Regierungen und Parlamenten zu verständigen.

Nur die Bundesbank nicht. Sie vertrat immer und vertritt noch heute einseitig die Interessen der Geldbesitzer. Um noch einmal Adenauer zu zitieren: Sie schadet den „kleinen Leuten“.

Die Bilanz der Bundesbank war also schon in der alten Bundesrepublik höchst problematisch, „aber mit dem Jahrhundertereignis der deutschen Einheit war sie endgültig überfordert. Denn für die Wiedervereinigung gab es keine ökonomisch saubere Lösung.

Die Ostdeutschen erwarteten völlig zu Recht, dass sie nun ebenfalls am Reichtum der Bundesrepublik partizipieren würden. Schließlich hatten nicht sie entschieden, dass sie nach 1945 im Sozialismus leben wollten, es war ihr Schicksal, dass die Sowjetunion den Osten besetzte. Ganz Deutschland hatte den zweiten Weltkrieg begonnen – aber vor allem die östlichen Gebiete haben hinterher ökonomisch gelitten.

Es war daher völlig legitim, dass die Ostdeutschen nach der Wende skandierten: „Kommt die Mark, bleiben wir – kommt sie nicht, geh‘ n wir zu ihr.“

Am Ende schickte sich die Bundesregierung ins Unvermeidliche: Sie entschied, dass am Tag der Währungsunion, am 1. Juli 1990, die ostdeutschen Löhne und Renten 1 zu 1 auf die Westmark umgestellt wurden; für Sparguthaben gab’s die Hälfte.

Die Bundesbank war entsetzt, denn die Geldmenge vergrößerte sich schlagartig um satte 180 Milliarden D-Mark. Zudem wurde das frische Geld nicht etwa gespart, sondern sogleich in Umlauf gebracht. Die Ostdeutschen wollten sich lang gehegte Konsumträume erfüllen – von der neuen Küche bis zum modernsten Fernseher.

Man hätte also erwarten können, dass die Waren knapp werden und die Preise explodieren. Doch eigentlich blieb alles friedlich.

Im Mittel stieg die Inflation zwar auf 5 Prozent, aber der Kaufrausch verpuffte bald wieder. Die Bundesbank hätte also gelassen bleiben können, doch stattdessen geriet sie in Panik. Sie nahm nicht zur Kenntnis, dass die Wiedervereinigung eine historische Chance war, die man gestalten musste, sondern startete nur auf die Inflation und befand besserwisserisch, die Regierungspolitik sei eine „schwerwiegende Belastung für Stabilität und Wachstum“.

In Wahrheit gab es nur eine Belastung: die Bundesbank. Sie setzte die Zinsen drakonisch nach oben und würgte die Wirtschaft ab. Am Ende waren die Kredite sogar noch teurer als 1974, obwohl die Inflation diesmal deutlich niedriger lag. In der Regierung machte sich Fassungslosigkeit breit. Finanzstaatssekretär Horst Köhler, später Bundespräsident, „vermisste“ bei der Bundesbank die „Teamarbeit“.

Die Bundesbank hinterließ ein Trümmerfeld. Ihr erstes Opfer war der Staatshaushalt.

Nach der Wiedervereinigung hatte die Bundesregierung keine Wahl: Sie musste jährlich etwa 150 Milliarden Mark in den Osten pumpen, um marode Straßen und Häuser zu sanieren, um Industrieanlagen zu modernisieren, um Arbeitslose und Rentner zu versorgen.

Zwangswise stiegen also die Staatsschulden, die nun aber unnötigerweise doppelt so teuer wurden, weil die Bundesbank die Zinsen nach oben trieb. Niemand profitierte von dieser Politik – nur die Geldbesitzer. Bissig kommentierte Altkanzler Helmut Schmidt: „Ein derartiges Gegeneinander von Geldpolitik und Fiskalpolitik hat es bei uns seit 1949 noch nie gegeben.“

Zudem war, wie immer, das Timing schlecht. Just als die Bundesbank die Zinsen nach oben setzte, begann die Weltkonjunktur zu schwächeln. Von Tokio bis Washington brach das Wachstum ein.

Auch die deutschen Unternehmen hatten zu kämpfen, aber sie hatten noch einen zusätzlichen Feind: die Bundesbank. Denn durch die hohen Zinsen stieg der Kurs der D-Mark, weil Finanzanleger aus der ganzen Welt nach Deutschland drängten, um von den satten Renditen zu profitieren. Durch die teure D-Mark wurden die deutschen Waren im Ausland immer kostspieliger, so dass die Exporte einbrachen. Selbst Verkaufsschlager wie deutsche Autos oder deutsche Präzisionsmaschinen fanden plötzlich keine Abnehmer mehr. Die Arbeitslosigkeit stieg, nicht nur im Osten, sondern auch in Westdeutschland.

US-Investmentbanken rechneten damals aus, dass der hohe D-Mark-Kurs einen ganzen Prozentpunkt beim Wachstum gekostet hätte, was umgerechnet 30 Milliarden Mark pro Jahr waren. Dieses Geld hätte man gut gebrauchen können, um die Wiedervereinigung zu finanzieren. Aber die Bundesbank war nie gewillt, die ökonomischen Kosten ihrer strengen Geldpolitik zur Kenntnis zu nehmen.

Noch schlimmer traf es das europäische Ausland. Durch die deutsche Zinspolitik gerieten alle Währungen ins Trudeln: ob britisches und irisches Pfund, französischer Franc, italienische Lira, spanische Peseten, portugiesischer Escudo, dänische oder schwedische Krone – sie alle fielen ins Bodenlose. Denn in diesen Ländern waren die Zinsen niedriger als in Deutschland. Also zogen die Spekulanten ihr Geld dort ab und schoben es nach Deutschland.

Der Extremfall war Schweden: Um die eigene Krone zu stützen, wurden Zinsen von wahnsinnigen 500 Prozent geboten. Aber auch in Italien stiegen die Zinsen auf 18 Prozent, in Frankreich und Großbritannien waren es zehn Prozent. Alle Europäer mussten ihre Kredite verteuern, obwohl sich die weltweite Rezession bemerkbar machte – nur weil die Bundesbank Panik schob und ihre Zinsen erhöhte. Bitter kommentierte die italienische Regierung: „Europa muss die Zeche für die deutsche Einheit zahlen.“

Ein französischer Ex-Verteidigungsminister sah die Mark gar als Waffe: Die Deutschen würden versuchen, „eine Strategie der wirtschaftlichen Kolonialisierung zu verfolgen.“

Auch die Briten haben diese Episode nie vergessen. Kürzlich schrieb der Ex-Botschafter Paul Lever, der lange in Berlin stationiert war: „Die Brutalität, mit der die Bundesregierung und die Bundesbank auf die flehenden Bitten des britischen Premiers John Major reagierten, war frappierend. Kanzler Kohl war nicht bereit

einzuschreiten, und der Präsident der Bundesbank, Helmut Schlesinger, weigerte sich knallhart, entweder Pfund zu kaufen oder die Zinsen um mehr als 0,25 Prozent zu senken... Er ließ sich sogar am Telefon verleugnen, als der britische Premier anrief.“

Nur die deutsche Bevölkerung hat nie verstanden, was sich damals abspielte. 1992 meldeten die ARD-Tagesthemen stolz, als das Pfund abwerten musste: „Die D-Mark hat sich durchgesetzt.“

Der französische EU-Kommissionspräsident Jacques Delors kommentierte damals: „Nicht alle Deutschen glauben an Gott. Aber alle glauben an die Bundesbank“

Diesen Pseudo-Göttern aus Frankfurt wollten sich die anderen Europäer nicht länger unterwerfen. Nur deswegen gibt es den Euro. Doch der Preis war hoch: Um der Macht der Bundesbank zu entkommen, mussten sie genau diese Bundesbank zufriedenstellen. Die Europäer mussten einwilligen, dass auch die Europäische Zentralbank gänzlich unabhängig ist und wieder nur ein einziges Ziel verfolgt: eine stabile Währung. Das Drama geht also weiter.